

Aufbruchstimmung in Kiew

Erfolgreiche Menschenrechtskonferenz in der Ukraine

VON KLAUS JETZ

Lesbian and Gay Rights are Human Rights“, unter diesem Motto stand die internationale Konferenz, die die Hirschfeld-Eddy-Stiftung, das ukrainische Gay and Lesbian Center Nash Mir und die ukrainische Sektion von Amnesty International am 4. und 5. Oktober in Kiew durchführten. Unterstützt wurde die Tagung von der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und dem ukrainischen Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.

Zentrale Themen waren die Situation der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LSBT) in der Ukraine und anderen osteuropäischen Ländern, Homosexuellenverfolgung in der NS-Zeit und der Sowjetunion, rechtliche Mechanismen zur Bekämpfung von Diskriminierung auf nationaler und internationaler Ebene, Konzepte zur Stärkung der Menschenrechtsbildung für LSBT sowie der menschenrechtliche Rahmen auf internationaler Ebene zur Verbesserung der Situation. Wichtige Konferenzziele waren die Unterstützung der mutigen Arbeit der ukrainischen LSBT-Gruppen sowie ihre Vernetzung mit anderen allgemeinen Menschenrechtsvereinigungen und zivilgesellschaftlichen Multiplikatoren.

Warum die Ukraine?

Das Land erlebte nach der „orangefarbenen Revolution“ einen hoffnungsvollen demokratischen Aufbruch, ist Mitglied in internationalen Organisationen wie der OSZE und dem Europarat und strebt in die EU, mit der ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geschlossen wurde. Die Ukraine befindet sich also im Wandel und verharrt nicht in alten autoritären Strukturen, bietet mithin genügend Ansatzpunkte für die Konferenzthemen.

Der Einladung nach Kiew waren rund 100 Gäste aus zwölf Ländern, darunter Aktivistinnen



Andrei Maymulakhin und Veronika Antonets.

und Aktivisten aus allen Teilen der Ukraine, aus Moldawien, Weißrussland, Rumänien, Bulgarien, Russland und Westeuropa gefolgt. Auch Repräsentanten aus Deutschland, der EU und des Europarates waren vertreten.

Die Freundinnen und Freunde von Nash Mir hatten sich ein Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gewünscht; er sei auch bei ihnen bekannt, habe für Schlagzeilen gesorgt, seine Stimme werde gehört. In der Ukraine sei es noch unvorstellbar, dass der Bürgermeister einer Millionenstadt ganz selbst-

verständlich mit seiner Homosexualität umgehen könne.

In seinem Grußwort schrieb Klaus Wowereit: „Das Recht auf Gleichstellung, auf sexuelle Selbstbestimmung, auf Anderssein überhaupt ist ein elementares Menschenrecht. Oder anders ausgedrückt: Der Kampf gegen Diskriminierung und für gleiche Bürgerrechte ist kein Nischenthema. Wer Menschen wegen ihrer Religion, ihrer Hautfarbe oder ihrer Homosexualität ausgrenzt oder gar bedroht, der greift die gesamte Gesellschaft an.“ Gerade wir in Deutschland müssten „energisch unsere Stimme erheben, wenn es um die Einhaltung von Menschenrechtsstandards (in aller Welt) geht.“

Thomas Hammarberg, Kommissar für Menschenrechte des Europarats, richtete eine Videobotschaft an die Konferenzgäste. Er zeigte sich bestürzt über das Ausmaß an Homophobie in vielen Ländern Osteuropas. Das Thema sei für ihn prioritär, stelle es doch „eines der größeren Menschenrechtsprobleme im heutigen Europa“ dar. In mehreren Ländern gebe es viel zu wenig Schutz vor Diskriminierung und Anfeindungen aufgrund der sexuellen Identität. CSD-Verbote oder Entlassungen von homosexuellen Lehrern können nicht hingenommen werden, da dieses Vorgehen die Grund- und Menschenrechte einer ganzen Minderheit untergrabe. Es sei noch ein sehr langer Weg zurückzulegen, so Hammarberg, bis die Menschenrechte für alle und überall voll umgesetzt seien. Er wolle jedenfalls teilhaben an diesem wichtigen Kampf

für die Menschenrechte. Besondere Bedeutung komme hierbei den Yogyakarta-Prinzipien zu, sie seien ein „Signal des Fortschritts“ und müssten Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Isolation schwulesbischer Gruppen entgegen wirken

Dieser ersten großen internationalen Konferenz der Hirschfeld-Eddy-Stiftung kam aus mehreren Gründen eine große Bedeutung zu. Lesben und Schwule erleben in vielen osteuropäischen Staaten noch immer Ausgrenzung und massive Anfeindungen, antihomosexuelle Verbote sind auf dem Vormarsch. Davon legten die Referentinnen und Referenten in ihren Berichten beredtes Zeugnis ab. Viele schwulesbische Organisationen agieren isoliert und werden außerhalb der eigenen Community kaum wahrgenommen. Eine Vernetzung mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Kräften der Zivilgesellschaft findet nicht statt. Auch diesem Problem sollte die Konferenz entgegen wirken, Netzwerke sollten geknüpft werden.

Die Tatsache, dass Lesben- und Schwulenrechte Menschenrechte sind, die die sexuelle Identität des Einzelnen genauso schützen wie die körperliche Unversehrtheit eines jeden Menschen, ist in einigen postsozialistischen Gesellschaften noch keine Selbstverständlichkeit. Politik, Kirchen, Presse und große Teile der Gesellschaft sind homophob und davon überzeugt, dass Homosexualität bekämpft werden müsse.

Länderberichte

Haarsträubend sind die Zustände für Lesben und Schwule in Weißrussland. Versammlungsverbote, Haftstrafen für Aktivisten, regelrechte staatlich gesteu-

Bericht aus Belarus

Was ich hier tue, ist illegal“, sagt Svyatoslav Sementsov, Co-Vorsitzender der schwulesbischen Gruppe TEMA aus Gomel, der heimlichen schwulesbischen Hauptstadt Weißrusslands.

Auch Svyatoslav war der Einladung nach Kiew gefolgt, um über die haarsträubenden Zustände in seinem Land zu berichten. Er definiert die Hauptziele von TEMA wie folgt: Erziehung der Jugend zur Toleranz, Menschenrechtsbildung für sexuelle Minderheiten, Verbreitung von Informationen über LSBT in Belarus sowie die Dokumentation von Hassverbrechen und Diskriminierungsfällen.

TEMA wurde 2004 gegründet, ist allerdings aufgrund der politischen Situation im Land nicht registriert. Nichtregierungsorganisationen sind strengen Kontrollen unterworfen, immer wieder werden Aktivistinnen und Aktivisten verhaftet. Artikel 193 des Strafgesetzbuches sieht eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren vor für das Organisieren von Aktivitäten „einer nicht registrierten Organisation, die die Rechte der Bürger verletzt“. Dieser Passus wurde erst Ende 2005 ins Strafgesetzbuch aufgenommen, als es kurz vor den Präsidentschaftswahlen zu Massenprotesten gegen das Regime kam. „Präsident Lukaschenko ist der letzte Diktator Europas, und er ist stolz darauf“, sagt Svyatoslav.

Homosexualität ist nicht strafbar in Belarus, doch die gesellschaftliche und rechtliche Diskriminierung von Lesben und Schwulen ist an der Tagesordnung, Homophobie ist in der Gesellschaft fest verankert. Auf der Homepage des deutschen Auswärtigen Amtes liest sich das so: „Mit gesellschaftlicher Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften kann man nicht rechnen.“

Die Beziehungen zur EU sind gespannt, und Belarus ist zudem kein Mitglied des Europarates, da das Strafrecht noch die Todesstrafe vorsieht und weil es immer wieder zu Demonstrations- und Versammlungsverboten kommt. Das erschwert die Einflussnahme des Auslandes auf die Menschenrechtssituation.

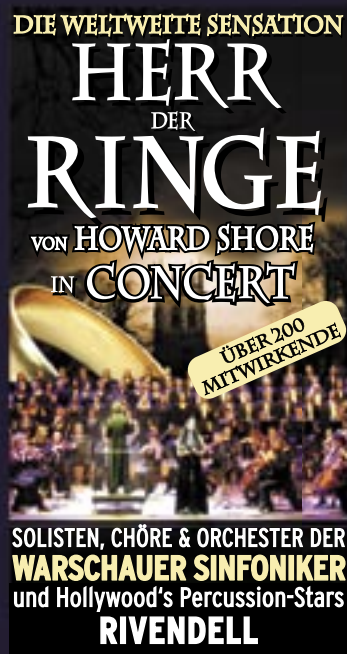
Für Schlagzeilen sorgten in den vergangenen Jahren immer wieder verbale Ausfälle von Präsident Alexander Lukaschenko gegen die EU und die USA. Westliche Diplomaten förderten die Prostitution der einheimischen Frauen, korrumpierten die Bürger durch Drogen und verbreiteten „homosexuelle Perversion“ im Land. Das Regime provozierte in der Vergangenheit mehrere diplomatische Skandale, denen ein deutscher, ein tschechischer und ein lettischer Diplomat zum Opfer

fielen. Immer ging es um Homosexualität. Es kam zu Ausweisungen und regelrechten Kampagnen gegen die Betroffenen. Eigentliches Ziel der Anwürfe war immer, das angeblich feindliche westliche Ausland zu verteufeln. Laut TEMA versuchten im März 2006 vom Regime kontrollierte Medien die Massenproteste zu diskreditieren, indem sie behaupteten, sie seien Teil einer „schwulen Revolution“.

„Wenn Sie nie in der Sowjetunion waren, egal, kommen Sie nach Belarus“, sagt Svyatoslav. „Hier hat sich nichts geändert. Wir haben sogar noch den KGB.“

Ausführliche Informationen und eine Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Hassverbrechen gegen LSBT finden sich auf der Homepage von Tema: www.pride.by.

Klaus Jetz





Elena Lavut und Violetta Zemko aus Simferopol berichteten von ihrem Alltag als Regenbogenfamilie.

te Kampagnen gegen Lesben und Schwule sowie Gewalttaten gegen Menschenrechtsaktivisten gehören zum Alltag (s. Kasten links). In Ungarn dagegen tritt am 1. Januar 2009 ein Gesetz über die eingetragene Partnerschaft mit nahezu gleichen Rechten und Pflichten wie die heterosexuelle Ehe (mit Ausnahme des Adoptionsrechts) in Kraft. Doch auch in Budapest gab es im Sommer 2008 Übergriffe von Rechtsradikalen gegen CSD-Demonstranten.

In der Ukraine werden die Menschenrechte zwar formal respektiert, aber es gibt keinerlei Schutz für sexuelle Minderheiten. Und obwohl die Gesellschaft zutiefst homophob ist, haben sich in Kiew und in einigen Regionen mutige LSBT-Gruppen gegründet, die sich den Kampf für die Verteidigung ihrer Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben haben. CSD-Demonstrationen scheinen allerdings noch in weiter Ferne.

Mehrere Aktivistinnen und Aktivisten thematisierten die fehlende gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung ihrer Partnerschaften und Familienmodelle. Die beiden lesbischen Mütter Elena Lavut und Violetta Zemko mit ihren vier Kindern, eine Regenbogenfamilie aus der Krim-Metropole Simferopol, berichteten eindrucksvoll von ihrer privat zelebrierten Hochzeit und schilderten die alltäglichen Probleme in Schule, Nachbarschaft und im Behördenschlingel. „Wir tragen zum Aufbau der Gesellschaft bei, ziehen unsere Kinder groß, aber für die Gesellschaft existieren wir nicht, wir und unsere Leistung, wir werden nicht anerkannt.“

Nationale Bündnispartner

Der Kongress trug erste Früchte: Arkadij Buschenko von der ukrainischen Helsinki-

Menschenrechtsunion lud Lesben- und Schwulenorganisationen zur Zusammenarbeit ein, sie sollten sich in die jährlich zu erstellenden Menschenrechtsberichte einbringen, strategische Projekte könne man gemeinsam durchführen. Seine Organisation verfüge auch über Anwälte, Projektmittel und Ideen, es gehe nur darum, sich zu vernetzen und sich auszutauschen.

Andere für ukrainische LSBT wichtige Bündnispartner aus den Universitäten in Kiew oder Kharkov, aus Kultur und Medien des Landes berichteten über ihre Arbeit und Erfahrungen, über den Grad der Homophobie, der Intoleranz und der Unkenntnis über LSBT-Themen. Vadim Vasyutinskiy vom Institut für Soziale und Politische Psychologie an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften bezeichnete die Einstellungen gegenüber Homosexuellen und Juden als Gradmesser für den Stand der Demokratie im Land. Tamara Marcenyuk, die Gender Studies an der Kiewer Universität betreibt und in verschiedenen Akzeptanzprojekten mit dem Anne-Frank-Haus in Amsterdam zusammenarbeitet, unterstrich die Bedeutung der Toleranzforschung in den postsowjetischen Gesellschaften. Sie habe u.a. aufgezeigt,

dass der Grad der Toleranz sich nach dem Grad und der Qualität der Ausbildung richte.

Internationale Bündnispartner

Nigel Warner aus Großbritannien, Berater der ILGA Europe, berichtete über die wertvolle Arbeit des Europarates für die Rechte von LSBT. Der plane im kommenden Jahr, für die 20 Nicht EU-Mitgliedsstaaten des Europarates eine ähnliche Studie zur Homophobie in Auftrag zu geben, wie sie die Europäische Grundrechteagentur 2008 in den 27 EU-Mitgliedsstaaten bereits durchgeführt hat. Die Studie habe sicherlich Auswirkungen auf nationale Gesetzgebungen, ergänzte Dennis van der Veur, Berater von Menschenrechtskommissar Hammarberg, da die verschiedenen Regierungen die Ergebnisse einer vom Europarat beauftragten Studie nicht einfach ignorieren könnten. Dimitrina Petrova vom britischen Equal Rights Trust war als Menschenrechtsexpertin, Mitautorin und Unterzeichnerin der Yogyakarta-Prinzipien nach Kiew eingeladen worden. In russischer Sprache lieferte sie eine engagierte und beeindruckende Vorstellung dieses für LSBT-Rechte wichtigen Maßnahmenkatalogs auf internationaler und nationaler Ebene.

Mit der Konferenz wurde ein Veranstaltungskonzept erprobt. An die Erfolge kann künftig anderenorts angeknüpft werden. Die wichtige Menschenrechtsarbeit der ukrainischen Lesben und Schwulen konnte unterstützt und ihre berechtigten Anliegen durch Vernetzung und Herstellung von Öffentlichkeit weiter in die Gesellschaft getragen werden. Wesentliche Ergebnisse müssen nunmehr in einer Publikation für Multiplikatoren gesichert werden. Die Konferenz endete mit einer gemeinsam verabschiedeten Resolution, in der alle Teilnehmenden die ukrainische Regierung aufforderten, dafür Sorge zu tragen, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften im Land eine rechtliche Grundlage erhalten, Lesben und Schwule in den Genuss von gleichen Rechten kommen und umfassenden Schutz vor Diskriminierung im Arbeitsrecht und allen anderen Lebensbereichen erhalten.

Mehr Infos: www.hirschfeld-eddy-stiftung.de



Klaus Jetz
Geschäftsführer des LSVD